

Dienstag, 10. März 2015

Medienmitteilung

Stellungnahme des Kantonalen Kies- und Betonverbands KSE Bern zum Entscheid des Grossen Rates, die Rolle des Kantons im Kiesabbau- und Deponiewesen zu untersuchen.

KSE Bern
Schulhausgasse 22
3113 Rubigen
Fon 033 345 88 01
Fax 033 345 58 19
info@ksebern.ch
www.ksebern.ch
CHE-113.838.622 MWST

Bern, 9. März 2015. Der Kantonale Kies- und Betonverband KSE begrüsst ausdrücklich, dass die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates die Rolle des Kantons im Zusammenhang mit der Kies- und Deponiebranche überprüft. Denn die kantonale Verwaltung, das Kantonsparlament sowie die Regierung haben wesentlichen Einfluss auf die Bewilligungs- und Kontrollverfahren im Bereich Abbau, Deponie und Transport. Der Kanton ist durch seine verschiedenen Rollen selbst ein wichtiger Akteur. Der KSE Bern verwahrt sich in aller Form gegen jede Vorverurteilung des Kies- und Deponiewesens oder einzelner Unternehmungen.

Verschiedene Medien haben in den vergangenen Wochen über mutmassliche Kartelle in der Kiesbranche im Kanton Bern berichtet. Diese Meldungen wecken den Eindruck, dass in der bernischen Kies- und Deponiebranche verbreitet Probleme mit dem Wettbewerbsrecht bestehen. **Der KSE Bern hält ausdrücklich fest: Es ist selbstverständlich, dass die Rahmenbedingungen des Kartellgesetzes eingehalten werden müssen.** Der KSE Bern sichert der WEKO seine volle Unterstützung zu. Er befasst sich mit der aktuellen Sachlage und informiert zu gegebener Zeit.

Kiesabbau- und Deponieprojekte sind dem kritischen Blick der Öffentlichkeit ausgesetzt. Anders als in einigen Medien berichtet, herrscht in der Branche deshalb grosse Transparenz über die regionalen Versorgungs- und Entsorgungskonzepte. Schliesslich steht am Ende jedes Bewilligungsverfahrens ein Volksentscheid (Gemeindeversammlung, Urnenabstimmung) an. Wir bedauern, dass durch die Berichterstattung das Vertrauen in die Branche erschüttert wurde. **Folgende Ausführungen sollen deshalb zur Klärung beitragen:**

Neben dem kantonalen Sachplan Abbau, Deponie, Transporte (ADT) legen regionale Richtpläne und kommunale Nutzungsplanungen die heutigen und künftigen Standorte für Kiesabbau und Deponien fest. Die Verfahren sind komplex und langwierig und haben die Koordination unterschiedlicher, oft widersprüchlicher öffentlicher Nutz- und Schutzinteressen zum Ziel. **Die regulatorischen Hürden zur Erlangung von Bewilligungen haben in den letzten Jahren stets zugenommen und zu einer immer stärkeren Komplexität geführt.** Bei dieser Ausgangslage ist der Druck auf die Behörden hoch, nur diejenigen Abbaustandorte und Deponien zu bewilligen, für die ein Bedarfsnachweis besteht. Das ist zwar aus Sicht der betroffenen Schutzinteressen wünschenswert, **für den Wettbewerb kann dies jedoch eine Reduktion auf der Angebotsseite bedeuten.** Diese Tendenz wird durch den Grundsatz der dezentralen Versorgung verstärkt, welche die Minimierung von Emissionen und damit die Reduktion von Transportwegen zum Ziel hat.

zusammen mit

Der künftige Bedarf an Abbaustandorten und Deponien für die Bauwirtschaft lässt sich nur schwer voraussagen. Werden die Reserven aus Rücksicht auf die verschiedenen Nutz- und Schutzinteressen zu knapp bemessen, kann es im Falle eines lange anhaltenden Baubooms zu Engpässen kommen. **Für diese Verknappung des Angebots (künstliche Knappheit) dürfen keinesfalls die Kiesbranche oder die nun kritisierten Unternehmungen verantwortlich gemacht werden.**

Der KSE Bern hält das Prinzip der Eigenverantwortung hoch. Seit Jahrzehnten unterstützen wir die Behörden aktiv in ihren Vollzugsaufgaben. Wir respektieren anerkanntermassen die Nutz- und Schutzinteressen des Gemeinwesens sowie der Natur. In Kiesgruben und Steinbrüchen finden viele vom Aussterben bedrohte Tiere und Pflanzen einen neuen Lebensraum. Mit der Branchenvereinbarung «Naturschutz im Kies- und Steinbruchgewerbe» verpflichten sich bernische Abbau-Unternehmen vertraglich, zu seltenen Pflanzen und Tieren Sorge zu tragen. Unsere Stiftung Landschaft und Kies bürgt für die Einhaltung der Vereinbarung.

Der KSE Bern steht für eine offene und transparente Kommunikation ein und wird mit den verschiedenen Kommissionen und Verwaltungsstellen – wie bis anhin – eng zusammenarbeiten. Es ist uns wichtig, das Vertrauen in die Bernische Kies- und Deponiebranche aufrechtzuerhalten.

Fritz R. Hurni, Präsident KSE Bern

Für weitere Auskünfte:

Fritz R. Hurni, Präsident KSE Bern, erreichbar am Dienstag, 10. März zwischen 09.00 – 11.00 Uhr unter 079 614 97 04, oder per Mail unter fritz.hurni@ksebern.ch